

## Pressemitteilung 6/2020

Halle (Saale), den 8. April 2020

### Der Einbruch der Wirtschaft infolge der Corona-Pandemie dürfte in Ostdeutschland etwas schwächer ausfallen als im Westen – Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2020 und amtlicher Länderdaten für die ostdeutsche Wirtschaft

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose konstatiert in ihrem Frühjahrsgutachten, dass die Konjunktur in Deutschland und in der Welt als Folge der Corona-Pandemie einbricht. Die meisten Staaten schränken die wirtschaftliche Aktivität stark ein, um die Zahl der Neuinfektionen zu senken. In Ostdeutschland sind die Maßnahmen ebenso einschneidend wie anderswo in Deutschland, auch wenn die Zahl der Infektionen im Westen gegenwärtig etwas höher liegt. Allerdings wirken sich die Restriktionen auf die einzelnen Wirtschaftszweige unterschiedlich aus, und weil sich deren Anteile an der Gesamtproduktion in Ostdeutschland von denen in Gesamtdeutschland unterscheiden (vgl. Tabelle), dürften die Restriktionen auch etwas unterschiedliche Wirkungen haben.

Sperrfrist:  
8. April 2020, 11:00 Uhr

Pressekontakt  
Stefanie Müller  
Tel +49 345 7753 720  
presse@iw-halle.de

Ansprechpartner  
Oliver Holtemöller  
ohr@iw-halle.de

Politische Ressorts  
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMA), Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerien der Neuen Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter  
Ostdeutschland, Konjunktur, Prognose, Produktivität, Konvergenz, Ost-West-Vergleich

Aktueller Bezug  
halbjährliches Gutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose im Auftrag der Bundesregierung

Leibniz-Institut für  
Wirtschaftsforschung Halle e. V.  
(IWH)

Tel +49 345 7753 60  
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8  
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61  
D-06017 Halle (Saale)

[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

#### Tabelle

Wirtschaftsstruktur in Deutschland insgesamt und in Ostdeutschland im Jahr 2017

Anteile der Wirtschaftsbereiche an der gesamten Bruttowertschöpfung in %

	Deutschland	Ostdeutschland (einschließlich Berlin)
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,9	1,3
Produzierendes Gewerbe	30,5	25,9
darunter:		
Verarbeitendes Gewerbe	22,8	15,7
Energie- und Wasserversorgung	2,8	3,8
Baugewerbe	4,7	6,1
Dienstleistungen	68,6	72,9
darunter:		
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	16,0	14,8
Information und Kommunikation	4,6	4,1
Finanz- und Versicherungsdienstleister	4,0	2,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	10,6	11,1
Unternehmensdienstleister	11,5	11,3
Öffentliche Dienstleister	18,2	24,6
Sonstige Dienstleister	3,8	4,8

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder.

Insbesondere hat das vom Einbruch besonders betroffene Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland mit etwa 16% ein geringeres Gewicht als in Deutschland insgesamt (23%), während die öffentlichen Dienstleister, deren Produktion recht stabil bleiben dürfte, im Osten mit einem Anteil von 25% eine größere Rolle spielen als im Westen (18%). Deshalb dürfte die Produktion in Ostdeutschland im Jahr 2020 etwas weniger deutlich sinken, nach dieser Prognose um 3,4% (Gesamtdeutschland: 4,2%). Im Jahr 2021 dürfte der Zuwachs, der sich aus einer Normalisierung der Lage ergibt, dementsprechend mit 5% geringer ausfallen als in Deutschland insgesamt (5,8%). Die ostdeutsche Arbeitslosenquote nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit steigt von 6,4% im Jahr 2019 auf 6,8% im Jahr 2020, im Jahr 2021 dürfte sie 6,5% betragen.

„Die Krise trifft Ostdeutschland in insgesamt recht guter konjunktureller Verfassung. Im Jahr 2019 hat hier die Produktion um 1,3% und damit deutlich kräftiger als in Gesamtdeutschland (0,6%) zugelegt“, so Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Er ergänzt allerdings, dass der Zuwachs in den Flächenländern nicht höher war als der gesamtdeutsche; der Vorsprung ging allein auf die hohe Expansionsrate von 3% in Berlin zurück. Die Wirtschaft der Hauptstadt hat damit sechs Jahre in Folge deutlich stärker expandiert als in Gesamtdeutschland, und je Einwohner lag das Berliner Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 zum ersten Mal seit dem Jahr 2000 wieder etwas über dem Bundesdurchschnitt. In Ostdeutschland insgesamt erreichte das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner zuletzt 79% des gesamtdeutschen Niveaus.

---

#### Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller  
Tel +49 345 7753 800  
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

#### Pressekontakt

Stefanie Müller  
Tel +49 345 7753 720  
presse@iwh-halle.de

 Das IWH auf Twitter

 Das IWH auf Facebook

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt.

Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 96 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter [www.leibniz-gemeinschaft.de](http://www.leibniz-gemeinschaft.de).